



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/86 - 13. April 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 089 090

Hinweise

auf den Inhalt:

Automation und ihre Wirkungen	S. 1
Vom Leben in der Zone von Gaza/Bericht aus Israel	S. 3
Vor einer Entspannung Pankow - Ev. Kirche?	S. 4
Gestellte Verleumder	S. 6
Dr. Jägers widerlegte These	S. 7

Automation - was sie ist

Der Begriff der "Automation" dringt immer stärker auch in die Tageszeitungen ein. Nicht immer werden damit klare Vorstellungen verbunden. In einer kleinen Aufsatzreihe soll versucht werden, diesem Mangel abzuwehren. D.Red.

RAP. Die eigentliche Mechanische Revolution - fälschlicherweise oft dem weit umfassenderen Begriff Industrielle Revolution gleichgesetzt - bestand in der Herstellung von Maschinen mit Hilfe von Maschinen, den Werkzeugmaschinen (englisch: machine tools - Maschinenwerkzeuge). Die jüngste Phase im Prozess der Maschinisierung der Produktion ist die Einsetzung von Maschinen, die Maschinen betreiben. War bisher noch menschliche Arbeitskraft erforderlich, um die Maschinen zu bedienen, so ist dies jetzt nur noch der Fall, um die Maschinen zu erdenken, zu entwerfen und als selbsttätige, sich selbst steuernde und sich selbst kontrollierende Automaten zu bauen. Die Selbsttätigkeit, Selbststeuerung und Selbstkontrolle geschieht mittels Lochkarten, Lochstreifen, elektromagnetischen Bändern, im Verein mit der Elektronik. Am Anfang der Entwicklung zur Automatisierung der Produktion stand der mechanische Webstuhl des Franzosen Jaquard vom Jahre 1807. Die Grundlage der Automation waren die ersten Versuche des Engländers Faraday mit der elektromagnetischen Induktion im Jahre 1831, denn von ihnen aus ging die Entwicklung zur modernen Elektrotechnik.

Die neue Sache wird mit "Automation" bezeichnet, was sprachlich zunächst nichts anderes ist als die Verbalisierung von "Automatisation", der englischen Sprachform unserer Automatisierung. Tatsächlich sind

jedoch - es wurde schon angedeutet - die neuen elektronischen Automaten etwas anderes als die bisherigen Automaten. Die neuen Automaten führen das Arbeitsmaterial an die Maschine heran, in die Maschine hinein und aus der Maschine heraus; sie überprüfen selbsttätig den Produktionsablauf in jedem Arbeitsgang und im Ergebnis, das Tempo, die Temperatur, das Werkstück und anderes mehr; sie stellen die Maschine ein und aus, melden Störungen und Fehler samt Fehlerquellen, die sie, wenigstens teilweise und in leichteren Fällen, selbst beheben; sie geben Arbeitsanweisungen und machen Arbeitsangaben. Soll das Produktionsprogramm gewechselt werden, dann genügt oft genug die Auswechslung der Lochkarte, des Lochstreifens oder des elektromagnetischen Bandes durch Menschenhand.

Der Begriff "Automation" wurde vor einem Jahrzehnt vom Produktionsdirektor der Ford'schen Werke geprägt, als diese bekannteste aller Automobilgesellschaften in Cleveland (Ohio - USA) eine Fabrik gebaut und eingerichtet hatte, die der völligen Automatisierung, der vollkommenen Selbsttätigkeit nahe kommt. Es ist vielleicht gut, sich in diesem Zusammenhang der Tatsache zu erinnern, dass es ebenfalls die Fordwerke - damals noch Henry Ford I selbst - waren, die das Zeitalter der Massenproduktion mit der Montage des Fließbandes vor fünf Jahrzehnten eingeleitet hatten.

Die Automation beschränkt sich jedoch nicht auf die eigentliche industrielle Produktion, auf die Fabrik. Man trifft auf die gleiche Grundlage der Elektrotechnik, auf die winzigen Heineleinchen der Elektronenimpulse, auch im modernen Großbüro der Banken und Versicherungen, in den Werken der chemischen Synthesen, im Kontrollsystem von Ölraffinerien und Überlandleitungen, im Selbstwahlsystem des Telefonwesens, beim radargesteuerten Fliegerabwehrgeschütz, das sein Ziel selbst ermittelt und sich selbst auf dieses einstellt und dann auf dieses feuert. Dieses Geschütz, wie überhaupt die vielen neuen Angriffs- und Abwehrwaffen, sowie die dazu erforderlichen überpräzisionsierten Berechnungs- und Kontrollapparate waren wichtige Meilensteine auf dem breiter werdenden Wege zur Automation in der Produktion. Ohne sie wäre wohl auch die rasche Entwicklung und Zählung der Kern- (Atom-) Energie, dieses gefährliche Unterfangen, nicht möglich gewesen.

Der Wiener "Arbeiterzeitung" entnehmen wir den folgenden Bericht:

Land am Rande des Krieges

Bürger und Arbeiter in Tel Aviv und Haifa, in Nathanya und anderen Orten Israels setzen ihr gewohntes Leben fort, obwohl die Zeitungen und das Radio tagtäglich über die steigende Spannung und über Grenzwissenschaftenfälle berichten. Die Meldungen des israelischen Militärsprechers über Zusammenstöße gehören zum "täglichen Brot" der Tagesmeldungen, und sie werden von den vielen gleichgültig aufgenommen, die selber die Schüsse nicht hören.

Ganz anders aber ist die Situation in Siedlungen an der Grenze der ägyptisch besetzten Zone von Gaza oder an der syrischen Grenze. Die Siedler, meist junge Menschen, die sich hier in Gemeinschaftsdörfern (Kibbuzim) oder Kleinbauernsiedlungen (Moschawim) zusammengefunden haben, wissen, was "Spannung im Nahen Osten" heisst, und sie leben fast im Kriegszustand.

Bei einem Besuch in Orten wie Nachal Oz, Beeri oder Nir Izchak an der Grenze der Zone von Gaza oder in der vorgeschobenen Siedlung Tel Kazir an der syrischen Grenze, sieht man auf den ersten Blick auch nicht viel. Die Orte atmen tiefsten Frieden, die Einwohner arbeiten auf den Feldern oder in den Werkstätten. Aber das ist nur das äussere Bild.

Zum jüdischen Osterfest waren viele Gäste nach Tel Kazir gekommen, um mit ihren Kindern und mit der Jugend in grossen Kreisen den Festabend zu verbringen. Aber nur ein Teil der Siedler war bei der Feier zugegen, und die Gäste sahen sich plötzlich in der grossen Mehrheit. Die anderen waren nämlich auf der Wache. Weit draussen liegen sie irgendwo auf dem Feld oder in einer Hütte und beobachten jede Bewegung. Zu der "Arbeit" der Wache kommen alle Siedler im Turnus an die Reihe. Nach einem anstrengenden Arbeitstag auf dem Felde oder in der Werkstatt muss der Siedler nachts auf die Grenzwatch, denn immer wieder wird von der anderen Seite herübergeschossen oder Eindringlinge schleichen sich herüber, die stehen wollen oder die auch mörderische Angriffe unternehmen. In einer solchen Grenzsiedlung sind die Nerven der Einwohner ständig gespannt, und es gehört ein grosses Mass von Hingabe und Idealismus dazu, um sich dort zu behaupten.

Siedlungen sichern die Grenze

Die Siedlung Nachal Oz an der Grenze der Zone von Gaza liegt unmittelbar an der Chaussee, die noch in der britischen Mandatszeit gebaut wurde, und die nach Gaza hineinführt. Man ist der Überzeugung, dass Israel seinen heutigen territorialen Bestand nur halten kann, wenn überall an den Grenzen möglichst viel Siedlungspunkte entstehen, die den Besitz des Gebietes garantieren. Deswegen wurde eine Siedlung wie Nachal Oz in der Nähe von Gaza gegründet, und in der gleichen Situation wie diese befindet sich ein ganzes Dutzend von Punkten entlang der Grenze. Fast alle diese Orte wurden schon von den Ägyptern mit Mörsern und Kanonen beschossen, aber sie nahmen diese Angriffe gleichmütig hin, und noch weniger beunruhigen sie die täglichen Gewehrschüsse von den feindlichen Stellungen jenseits der Grenze. Natürlich ist für den Fall eines Angriffes vorgesorgt, und man kann vor allem Frauen und - 4 -

13.4.1956

Kinder in Sicherheitbringen. Die Siedler selbst aber fühlen sich als Verteidiger der Grenze und in Gesprächen meinen sie: "Wenn Nasser seine Leute vorschicken wird, dann werden sie sich wundern..."

Auf der ägyptischen Seite herrscht auch grosser Respekt vor den Grenzsiedlungen und die Ägypter üben sich besonders für den Kampf gegen solche Siedlungspunkte. Vor kurzem wurde bekannt, dass die Ägypter auf der Sinaihalbinsel ein Modell einer jüdischen Grenzsiedlung errichtet haben und daran das "Erobern" lernen.

Hilfsstellung der Gewerkschaften

Allgemein wird anerkannt, dass die seit den Waffenlieferungen des Ostblocks an Ägypten gestiegene Spannung weitere Schutzmassnahmen für die Grenzorte erforderlich macht. Die Siedler können ihre Felder bearbeiten, und sie können auch noch nachts wachen, aber sie können nicht ausserdem noch Befestigungen anlegen. Diese Aufgabe wurde zum Teil von der Armee, zum Teil von den Bürgern des Hinterlandes übernommen, die auf diese Weise zum Verteidigungseinsatz herangezogen werden. Hier ist insbesondere die Histadrut, die zentrale Gewerkschaftsorganisation, führend, die dafür sorgt, dass die Arbeiter der Stadt den Siedlern an der Grenze zu Hilfe kommen. Allwöchentlich fahren viele Hunderte von Arbeitern freiwillig in die Grenzsiedlungen hinaus und helfen beim Bau von Schutzanlagen. Damit lernen sie auch etwas von dem Leben an der Grenze kennen.

Ihren Höhepunkt wird diese Hilfsaktion am 1. Mai erreichen. Die Histadrut hat beschlossen, dass an diesem 1. Mai die üblichen Feiern und Demonstrationen ausfallen und dass stattdessen die städtischen Arbeiter soweit wie möglich den Grenzsiedlungen zu Hilfe kommen sollen. Allein aus Tel Aviv sollen zehntausend Arbeiter am frühen Morgen des 1. Mai in die Grenzsiedlungen zur Hilfsarbeit geschickt werden. Am späten Nachmittag, wenn sie zurückkommen, soll eine Kundgebung stattfinden, die dann zu einer grossen Demonstration für die Sicherheit und den Schutz Israels werden wird. Diese Massenbesuche bringen den Grenzsiedlern auch moralische Stärkung und sie geben den Bürgern aus dem Hinterland einen Begriff davon, wie die Pioniere an der blutenden Grenze leben und standhalten.

* * *

Versuch eines Brückenschlages

EZ. - Berlin

Wenn nicht alles täuscht, steht eine neue Entwicklung in dem zuletzt sehr angespannten Verhältnis zwischen Evangelischer Kirche und Pankower Regierung bevor. Man hört aus zuverlässigen Kreisen, dass in Kürze mit einer Wiederaufnahme des Gesprächs zwischen Vertretern der Regierung und der Evangelischen Kirche zu rechnen ist, das vor einiger Zeit abgebrochen wurde.

Ein Ausgangspunkt solcher Erwartungen war die programmatische

Erklärung Grotewohls, eine Zusammenarbeit beider Faktoren sei unter der Bedingung möglich, dass der Kirche gegeben werde, was der Kirche sei, aber dem Staate, was des Staates sei. Nach der SED-Parteikonferenz gaben dann einige sehr massgebliche Kirchenführer der Sowjetzone ebenfalls Erklärungen ab, die sicher als eine Art Brückenschlag auf der Basis der von Grotewohl aufgestellten These angesehen werden können. Nicht nur der Rat der Evangelischen Kirche der Union hat am vergangenen Wochenende seine Bereitschaft zur Entspannung im Verhältnis zwischen Kirche und Sowjetzonenstaat zum Ausdruck gebracht, auch so gewichtige Kirchenmänner wie der Bischof Krummacker und der Potsdamer Generalsuperintendent Dr. Braun setzten sich für eine Klärung zwischen Kirche und Staat entstandener schwerwiegenden Differenzen ein. Die Erklärung von

Bischof Krummacker wurde sogar vom Zentralorgan der SED, dem "Neuen Deutschland", und zwar keineswegs an versteckter Stelle, veröffentlicht. Sicher liegt die Schuld an den starken Spannungen zwischen Pankower Regierung und Evangelischer Kirche auf der Seite des SED-Staates - man braucht nur an die gegen die Kirche gerichtete Kampagne mit der Jugendweihe, an das Verbot des Religionsunterrichts an Oberschulen usw. zu denken.

Andererseits ist kaum zu bezweifeln, dass es der gesamtdeutschen Einheit der Evangelischen Kirche abträglich ist, wenn massgebende Kirchenführer in Westdeutschland sich in der Öffentlichkeit immer wieder eindeutig mit der Politik Adenauers identifizieren. Jedenfalls haben sich jene Spannungen zu einem guten Teil mit daraus ergebe - ob man nun jene Stellungnahmen für berechtigt hält oder nicht.

Die sich in Ostberlin jetzt andeutenden neuen Verhandlungsmöglichkeiten zwischen Kirche und Staat sollten also zunächst einmal begrüsst werden. Dabei bleibt freilich die Frage offen, inwieweit Pankow zu einer echten Bereinigung bereit ist. Es bleibt der Verdacht bestehen, dass die SED-Regierung auch diesen neuen Versuch vielleicht doch nur aus dem taktischen Grunde einer Erhöhung ihres Prestiges unternehmen könnte. Für eine solche Vermutung sprechen die Erklärungen, die der CDU-Vorsitzende Kuschke, einer der treuesten Satelliten der SED-Politik, abgegeben hat. Er forderte nämlich auf der Sitzung des CDU-Hauptvorstandes in Ostberlin als Voraussetzung für eine Entspannung eine offizielle Loyalitätserklärung der Evangelischen Kirche zur Deutschen Demokratischen Republik, zu ihrer Verfassung - und zu ihrer Gesetzgebung. Die -6-

Kirche soll sich also nicht nur zur Sowjetzonenverfassung bekennen, was sie ja schon immer getan hat, sondern auch alle Gesetze des SED-Staates a priori anerkennen, obwohl ja gerade diese Gesetze, noch mehr aber ihre Durchführung, in vielen Fällen im krassen Widerspruch zu der in der Sowjetzonenverfassung garantierten Grundrechten stehen.

Eine solche umfassende Erklärung ist denn auch von kirchlicher Seite abgelehnt worden. Der Vorgang zeigt, wie gross die Schwierigkeiten bleiben, die einen Entspannungsversuch zwischen Staat und Kirche, der dauerhaft sein soll, nach wie vor entgegenstehen.

* * *

Gerichtliches Nachspiel zu einer Brentano-Rede

sp. Eine bezeichnende Illustration, wie tief in Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner sogenannte "christliche" Blätter sinken können, liefern Anlass, Verlauf und Ausgang eines Prozesses vor dem Schöffengericht beim Amtsgericht Bamberg. Es handelte sich um eine Beleidigungsklage des Parteivorstandes der SPD gegen das in Bamberg erscheinende CSU-Blatt "Volksblatt", dessen Chefredakteur der Fraktionsführer der CSU im bayerischen Landtag, Prälat Meixner ist.

Die Vorgeschichte: "Der Vorwärts", wie übrigens auch viele andere deutsche Zeitungen, hatte sich kritisch mit der Rede des damals neugebackenen Aussenministers von Brentano auf der Augsburger Tausenjahrfeier der Schlacht auf dem Lechfeld beschäftigt. Brentano verglich den Hunnen-Ansturm vor tausend Jahren mit der heutigen Lage. Damals wie heute sei es heidnische Nomadenscharen gewesen, die den Westen bedrohten und genau so wie damals könne der Ansturm aus dem Osten nicht durch "Angebote von Neutralität und friedlichem Verhalten" abgewehrt werden. Diese unglückliche und deplacierte Rede war umso peinlicher, als sie am Vorabend der Genfer Konferenz gehalten worden war. Logischerweise musste daraus der Schluss gezogen werden, dass nur eine Verfahrensweise wie vor tausend Jahren die Situation "bereinigen" könnte.

Der Artikel des "Vorwärts", der unter dem Titel "Die Schlacht auf dem Blechfeld" erschien, und in dem es u.a. hiess, durch diese Rede sei viel ausserpolitisches Porzellan zerschlagen worden, bewog das "Volksblatt" zu einer in dieser Form wohl einmaligen Entgegnung. Es

hiess darin:

"Nun aber hat die SPD durch ihr magyarenhaftes Wutgeheul den Erbanspruch auf die Hunnennachfolge mit aller Deutlichkeit kundgetan."

Allein dieser Satz genügte zu einem Strafantrag. Es kam noch toller:

"Was diese Hunnen der Kultur aus der Friedrich-Ebert-Allee (der Sitz des Parteivorstandes der SPD in Bonn) so sehr reizte...." und: "Sie liessen sich vom Teufel reiten", um schliesslich dem Ganzen die Krone aufzusetzen mit der Formulierung: "Die roten Hunnen im eigenen Land".

Die Reaktion konnte nicht ausbleiben. Der Parteivorstand liess den verantwortlichen Redakteur dieses Blattes verklagen. Dieser hatte zwar diese unflätige Beschimpfung einer grossen demokratischen Partei nicht verfasst, aber zugegeben, dass der Verfasser ein "bedeutender Mitarbeiter einer katholischen Wochenschrift" sei. Der Name dieses "bedeutenden Mitarbeiters", der durch Geist und Inhalt seiner polemischen Auslassungen sich als würdiger Schüler Goebbels erwies, blieb leider verhalten. - Es ehrt Staatsanwaltschaft und Richter, dass sie in begrüssenswerter Deutlichkeit diese Art von politischer Auseinandersetzung verurteilten. Der verantwortliche Redakteur erhielt eine Geldstrafe von 300 DM oder, ersatzweise 15 Tage Haft, ausserdem trägt das Blatt die Kosten und ist zur Veröffentlichung einer entsprechenden Entschuldigung verpflichtet.

Damit fand ein bedauerliches Kapitel seinen Abschluss. Aber vergessen soll es nicht werden.

* * *

Blanka Illusion

sp. "Wenn Deutschland seinen Beitrag ohne Zögern leistet, dann besteht die einzige Chance, den Osten endlich zu ernsthaften Zugeständnissen zu bewegen." So am Donnerstag der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Dr. Jäger, in einem Pressedienst seiner Partei.

Dem ganzen Zusammenhang nach meinte er mit "Deutschland" die Bundesrepublik, mit dem Beitrag, den militärischen Beitrag, so wie ihn Bundesregierung und CDU verstehen: Volle Ausnutzung der Höchstgrenze von 500 000 Mann in einem möglichst kurzen Zeitraum. Die Forderung ist

gewiss nicht neu. Was erstaunt, ist aber, wie unbekümmert hier von einem so kompetenten Manne behauptet wird, die westdeutsche Aufrüstung - denn das ist nur das harte Wort für das freundlichere vom deutschen Beitrag - könnte den Osten zu "ernsthaften Zugeständnissen" bewegen. Das ist die Wiederholung der ja nun wirklich durch die Entwicklung, insbesondere der letzten anderhalb Jahre, eindeutig widerlegten These.

Es ist bezeichnend, dass auch bei dieser Gelegenheit wieder, ebensowenig wie früher, wenn man so argumentierte, Jäger nichts darüber sagen konnte, wie er sich im einzelnen den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Aufstellung von 500 000 westdeutschen Soldaten und jenen ernsthaften Zugeständnissen der mächtigen Sowjetunion denkt, unter denen man doch offenter nichts anderes als die Aufgabe der sowjetischen und die Annahme der westlichen Vorstellungen über ein wiedervereinigtes Deutschland versteht. Wenn etwas, zumal in der heutigen Situation, blanke Illusion ist, dann die Meinung, dass die Sowjets sich auf diesen Weg zwingen lassen würden.

* * *

Ko-Existenz in indischer Sicht

Wir lesen im Bulletin der Indischen Botschaft in Bonn:

"Koexistenz ist eine Sache des normalen Menschenverstandes, der auf nationale und internationale Probleme angewandt ist. Unser Leben lang bleibt uns nichts anderes übrig als in dieser oder jener Form zu koexistieren. Wir koexistieren mit einer Frau, die wir nicht mehr lieben, mit einem Ehemann, den wir nicht mehr bewundern. Wir können unserem Nachbarn keine Atombombe auf den Kopf werfen, bloss weil er sein Radio zu laut spielen lässt, nein, auch mit ihm müssen wir koexistieren, und koexistieren müssen wir mit dem Steuereinnahmer, der uns in aller Höflichkeit um sauer verdientes Geld erleichtert. Wir müssen in der gleichen Welt leben wie Rita Hayworth und Grace Kelly, auch wenn ihr Leben sich in einer Welt von Glanz und Abenteuer erfüllt, unseres aber zwi- schen harter Arbeit und "Kino einmal in der Woche". Wir koexistieren und wir müssen koexistieren, denn man kann schliesslich nicht alles haben. Die Welt kann nicht zu unseren Füssen liegen. Es kann sie nicht jeder einzelne nach seinem Geschmack umformen, denn jeder einzelne hat andere Wünsche und Ansprüche. Nicht zwei menschliche Wesen sind identisch und es wäre nicht möglich, eine Gesellschaft zu schaffen, die nach eines jeden Geschmack wäre. Aber jeder von uns wünscht, dass es keinen Krieg geben möge, denn ein Krieg ist allgemeiner Wahnsinn, der Zusammenbruch aller sozialen und moralischen Werte, auf die unsere empfindliche Gesellschaftsordnung so wenig sicher gegründet ist. Wenn Koexistenz eine Zukunft ohne Krieg hersaufführt, dann sage ich: Wir wollen Koexistenz! Unser tägliches Leben mag oft langweilig und unbedeutend erscheinen, aber eines wissen wir: Krieg im Zeitalter des Atoms heisst Vernichtung für uns alle."

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau